

Inhalt der Sitzung vom 16.02.2004

TOP Ö 1 Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 19.01.2004 gefassten Beschlüsse

Eingangs der Sitzung gab Bürgermeister Huckele bekannt, dass das Ratsgremium in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 19.01.2004 der Zuteilung eines Grundstücks im Gewerbegebiet „Nord-West“ sowie der Verlängerung des befristeten Arbeitsverhältnisses eines Gemeindearbeiters sein Einvernehmen erteilte.

TOP Ö 2 Gemeinderats-/Kreistagswahl am 13.06.2004 - Bildung des Gemeindewahlausschusses

Dem Gemeindewahlausschuss obliegt die Leitung der Gemeinderatswahl und die Feststellung deren Wahlergebnis. Insbesondere ist er für die Prüfung und Zulassung der Wahlvorschläge zuständig. Bei der Wahl der Kreisräte kommt ihm ebenfalls die Leitung der örtlichen Durchführung der Wahl zu. Bei der Feststellung des Wahlergebnisses wirkt er hier lediglich mit. Der Gemeindewahlausschuss besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und mindestens zwei Beisitzern.

Der Bürgermeister hat die Stellung des Vorsitzenden kraft Gesetzes inne. Er ist nur dann gehindert den Vorsitz zu übernehmen, wenn er selbst Wahlbewerber (beispielsweise für die Kreistagswahl) oder Vertrauensperson für einen Wahlvorschlag ist. Im Falle einer sonstigen Verhinderung (z.B. Krankheit) wird er von seinen allgemeinen Stellvertretern im Amt vertreten (sofern für diese nicht die vorgenannten Befangenheitsvorschriften gelten). Für den Fall, dass bei einer sonstigen Verhinderung des Bürgermeisters auch alle seine Stellvertreter verhindert sind, kann der Gemeinderat einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende des Gemeindewahlausschusses aus den Wahlberechtigten und Gemeindebediensteten wählen.

Die Beisitzer und Stellvertreter in gleicher Zahl wählt der Gemeinderat aus dem Kreis der Wahlberechtigten. Wahlbewerber und Vertrauenspersonen für Wahlvorschläge dürfen nicht berufen werden. Mitglieder des Gemeindewahlausschusses können zudem in keinem anderen Wahlorgan (z.B. Wahlvorstand) tätig sein. Aus objektiven Gründen der gegenseitigen Kontrolle sollte man bestrebt sein, bei Besetzung des Gemeindewahlausschusses die politischen Kräfte möglichst ausgeglichen zu berücksichtigen. Aus diesem Grund verständigte man sich im Vorfeld darauf, die Zahl der Beisitzer/Stellvertreter auf 4 festzulegen und von den jeweiligen Fraktionen/Gruppe des Gemeinderats je 1 Bewerber/Stellvertreter benennen zu lassen.

Für die Bestellung des Schriftführers und der erforderlichen Hilfskräfte für den Gemeindewahlausschuss ist der Bürgermeister zuständig. Zum Schriftführer können auch nicht wahlberechtigte Gemeindebedienstete bestellt werden.

Entsprechend den Vorschlägen der Gemeinderatsfraktionen/-gruppe wurden im Rahmen der vergangenen Ratssitzung folgende Damen und Herren als stellvertretender Vorsitzender bzw. (stellv.) Beisitzer gewählt.

Vorsitzender: Bürgermeister Wolfgang Huckele

Stellvertreter: Stellvertreter im Amt (Im Falle deren Verhinderung: Dr. Adolf Schifferer)

Beisitzer (Persönliche Stellvertreter):

Otto Gaa (Hannelore de Mür)

Helmut Schneider (Walter Stumpf)
Bert Schmeckenbecher (Georg Breitenbücher)
Dr. Uta Erichsen (Knut Doll)

Nachrichtlich: Schriftführer
Ulrich Knörzer (Michael Szeifert)

Die Wahl erfolgte mit einstimmigem Votum.

TOP Ö 3 Konsolidierung der Gemeindefinanzen

Bereits in der Gemeinderatssitzung am 19.01.04 wurden dem Gemeinderat diverse Beschlussvorschläge zur Haushaltskonsolidierung unterbreitet. Neben einer Erhöhung der Hebesätze für die Gewerbe- und Grundsteuer wurde dabei auch die Erhöhung der gemeindeeigenen Acker- und Gartenpacht, die Aussetzung der Zuschüsse für Ferienfreizeiten, die Reduzierung der laufenden Vereinszuschüsse, der Wegfall von Zuschüssen zur Fassadengestaltung sowie die Reduzierung sonstiger wiederkehrender Aufwendungen im Rahmen der Vereinsförderung beschlossen. Entsprechend der Beratungen in der Klausursitzung des Gemeinderats am 05.12.03 sind als weitere Punkte folgende Maßnahmen angedacht:

1. Anpassung von Mieten und sonstigen Entgelten (Keine Wohnungsmieten)

Neben einer Erhöhung der Nutzungsentgelte für die Mehrzweckhalle (einschließlich Kegelanlage) ist auch die Erhöhung der Grillhüttenmiete ins Auge gefasst. Zudem steht die Anpassung weiterer Mieten/Entgelte in Überlegung, die bereits seit Jahren Bestand haben und im Zusammenhang mit der angestrebten Haushaltskonsolidierung angeglichen werden sollten. Im Vergleich bewegen sich die Sätze dabei auch nach Anpassung noch auf einem relativ günstigen Niveau.

2. Maßnahmen in der Gemeindebücherei

Neben einer Anhebung der Mahngebühren, der Gebühr für die Ausstellung von Ersatzausweisen sowie der Gebühr für Fernleihen, ist auch die Einführung einer Jahresgebühr sowie eine Gebührenerhebung für die Internetnutzung angedacht. Die Jahresgebühr soll sich auf 10,-- Euro belaufen.

Die, in der Klausursitzung des Gemeinderats am 05.12.03 beschlossene Kürzung des Etats der Bücherei für Medienbeschaffung, Medienbearbeitung, Zeitschriften, etc. um ein Drittel wurde bereits bei der Aufstellung des Haushaltsplans berücksichtigt.

Bzgl. der Kulturveranstaltungen hielt man in o.g. Sitzung eine generelle Prüfung des Angebots auf seine Kostendeckung für sinnvoll. Diesbezüglich wurde mit der Büchereileitung ein Gespräch geführt. Die Ausrichtung des künftigen Programms soll sich auf ggf. weniger, jedoch qualitativ ansprechende Veranstaltungen mit hinreichender Kostendeckung beschränken.

3. Kostendeckende Kalkulation des Angebots im Rahmen des Ferienprogramms

Das zuständige Amt wurde vom Erfordernis der Kostendeckung in Kenntnis gesetzt. Die Teilnahmegebühr der

jeweiligen Programmpunkte wird entsprechend kalkuliert.

4. Verzicht auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Das zuständige Amt wurde von der Entscheidung in Kenntnis gesetzt. Der Personaleinsatz wird entsprechend disponiert.

5. Nachfrageorientierte Reduzierung des Angebots der KLIBA

Entsprechend der vertraglichen Bestimmungen sind in der, an die KLIBA zu entrichtenden Einwohnerpauschale alle Beratungsangebote enthalten. Eine Teilinanspruchnahme einzelner Leistungen ist nicht möglich. Nachdem das Honorar der KLIBA vor dem Hintergrund einer Solidargemeinschaft der angeschlossenen Kommunen kalkuliert ist und die Angebote in der Gemeinde Plankstadt durchaus zufrieden stellend angenommen werden, sollte man nach Auffassung der Verwaltung den Status Quo beibehalten. Der, in der Klausursitzung am 05.12.03 erbetene Tätigkeitsbericht der KLIBA für die Gemeinde Plankstadt wurde zwischenzeitlich vorgelegt.

6. Teilübertragung des Aufwands zur Pflege der Sportanlagen an die TSG Eintracht

Vorgenannte Maßnahme konnte bereits dahingehend umgesetzt werden, als die TSG Eintracht eine Kraft zur Teilpflege der Sportanlagen gefunden hat. Es erfolgt nunmehr zeitnah ein Abstimmungsgespräch, in dem die näheren Einzelheiten (Maschineneinsatz; Pflegeumfang, etc.) erörtert werden.

7. Neufestsetzung der Gebühren für den Häckselplatz

Entsprechend dem Vorschlag in der Klausursitzung am 05.12.03 sollen die Gebühren für den kommunalen Häckselplatz neu festgesetzt werden. Die neue Gebührenordnung sieht nunmehr (auch für Kleinmengenanlieferung) eine Grundgebühr vor. Diese beläuft sich bei Anlieferungen bis zu 1 m³ auf 2,-- €. Die seitherige Gebührenfreiheit bei Anlieferungen bis zu 1 m³ Schnittgut entfällt. Je weiteren angefangenen m³ sind 10,-- € zu entrichten.

8. Wegfall der Zuschüsse an die Belegschaftskasse der Gemeinde

Die Maßnahme wurde bei Aufstellung der Planansätze berücksichtigt.

9. Reduzierung des Aufwands für Ehrungen um 50%

Die Maßnahme wurde bei Aufstellung der Planansätze berücksichtigt. Die künftigen Präsente für zu Ehrende beschränken sich auf, dem Anlass entsprechende Sachpräsente (keine Geldpräsente) und berücksichtigen die geforderte Reduzierung der Gesamtmittel um 50%.

Bürgermeister Huckele betonte, dass es weder der Verwaltung, noch dem Gemeinderat leicht falle, derart einschneidende Maßnahmen zur Konsolidierung der Gemeindefinanzen umzusetzen. Die derzeitige Finanzlage zwingt jedoch zum Handeln. Zudem bezeichnete er es als ehrlicher, die notwendigen Schritte bereits jetzt und nicht erst nach den anstehenden Kommunalwahlen im Juni zu veranlassen.

Gemeinderat Rudi Lerche (CDU) befand, dass die angedachten Maßnahmen nicht als die viel zitierte „Liste der Grausamkeiten“, sondern vielmehr als richtige, vernünftige und insbesondere notwendige Schritte zur Haushaltskonsolidierung verstanden werden müssen. Niemand falle es leicht, dies umzusetzen. Um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu verabschieden, gebe es hierzu jedoch keine Alternative. Auf einzelne Punkte des Sparpakets eingehend, stellte Gemeinderat Lerche fest, dass seine Fraktion den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen immer positiv gegenüberstand. In der aktuellen Finanzlage sei auch dies jedoch nicht mehr zu leisten. Lobende Worte richtete er an die TSG Eintracht, die künftig zumindest die Teilpflege der Sportanlagen in Eigenregie übernimmt. Der angedachten Gebührenneuordnung im Bereich des Häckselplatzes konnte er prinzipiell zustimmen, bat jedoch darum, die Einzelheiten der Gebührenerhebung (Barkasse vor Ort; Verkauf von Gebührenmarken im Rathaus, o.ä.) nochmals im Rahmen einer Finanzausschusssitzung zu diskutieren. Den geplanten Einsparungen bei den Ehrungen konnte er insofern zustimmen, als ein persönliches Präsent einer Geldzuwendung generell vorzuziehen sei. Abschließend betonte Gemeinderat Lerche, dass von der heute zu beschließenden Anpassung der Mieten und Entgelte keineswegs die Wohnungsmieten betroffen sind. Diese verbleiben auf dem seitherigen Niveau.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) stellte fest, dass nach der Beschlussfassung in der Januar-Sitzung heute die 2. Stufe der „Notwendigkeiten“ zu verabschieden ist. Zumal der Maßnahmenkatalog eingehend vorberaten wurde, konnte er der Verwaltungsvorlage im Namen der SPD-Fraktion entsprechen. Einzig im Bereich der geplanten Einführung einer Jahresgebühr für die Bücherei hielt er einen Sprung von der aktuellen Gebührenfreiheit auf dann 10,-- Euro Jahresgebühr für zu hoch. Hier plädierte er zumindest für eine Sozialstaffelung. Denkbar sei das Festlegen einer Altersgrenze, oder aber das Angebot eines Familienausweises.

Gemeinderat Franz Streck (PL) tat sich gleichfalls schwer, den vorgeschlagenen Maßnahmen zu entsprechen, hielt diese in Anbetracht der kommunalen Finanzlage jedoch für zwingend erforderlich. Zumal man die jeweiligen Punkte im Rahmen der Klausursitzung am 05.12.2004 eingehend erörtert hat, konnte er dem Verwaltungsvorschlag sein Einvernehmen erteilen.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) schloss sich seinen Vorrednern im Wesentlichen an. Lediglich in Bezug auf die angedachte Jahresgebühr in der Bücherei unterbreitete er einen Alternativvorschlag. Da der Einrichtung in Bezug auf das örtliche Kulturangebot eine zentrale Funktion zukommt, hielt er es für angezeigt, die Jahresgebühr auf (die ursprünglich in Rede stehenden) 5,-- Euro zu reduzieren und diese lediglich von auswärtigen Leserinnen und Lesern zu erheben. Plankstadter Bürgerinnen und Bürger sollten die Einrichtung weiterhin kostenfrei nutzen können. Bürgermeister Huckele stellte fest, dass die Verwaltung in der Tat zunächst eine Jahresgebühr von 5,-- Euro vorschlug, man sich im Rahmen der Klausursitzung am 05.12.2004 (ausweislich des Protokolls) jedoch mehrheitlich auf einen Betrag von 10,-- Euro verständigte. Führt man sich die jährlichen Ausgaben für die Gemeindebücherei vor Augen (im Planansatz 2004 beläuft sich die Summe auf ca. 146.000,-- Euro), so relativieren sich die zu erwartenden Gebühreneinnahmen.

Gemeinderat Dr. Adolf Schifferer (CDU) verwies darauf, dass man trotz der angedachten Jahresgebühr natürlich weiterhin an einer hohen Leserzahl interessiert ist. Um hier auch bei Einführung einer Gebühr auf die notwendige Akzeptanz zu stoßen, hielt auch er eine Familiengebühr (Kosten i.H.v. 20,-- Euro) für sinnvoll.

Im Ergebnis wurde dem Verwaltungsvorschlag zur Konsolidierung der Gemeindefinanzen bzgl. der angedachten Jahresgebühr für die Bücherei bei 1 Gegenstimme der GLP (die Einführung einer Familiengebühr i.H.v. 20,-- Euro soll geprüft werden), bzgl. der sonstigen Punkte mit einstimmigem Votum entsprochen.

TOP Ö 4 Antrag der Grünen Liste Plankstadt zum Haushaltsplan 2004

Mit Schreiben vom 11.01.2004 stellte Gemeinderat Ulf-Udo Hohl für die Grüne Liste Plankstadt einen Haushaltsantrag auf planerische Fortführung der Machbarkeitsstudie „Strassenbahnverlängerung von Eppelheim über Plankstadt nach Schwetzingen“. Als Anschubfinanzierung sollten im Haushalt 2004 dreitausend Euro eingestellt werden. Bereits zum Haushaltsplan 2002 hat Gemeinderat Hohl einen Antrag auf planerische Fortführung der Machbarkeitsstudie gestellt. Der Antrag wurde seinerzeit vom Gemeinderat mehrheitlich abgelehnt.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) machte auf die Finanzierung des ca. 30 Mio Euro-Projekts eingehend deutlich, dass ein Großteil der Kosten (ca. 75-80%) durch Zuschüsse nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gedeckt sind. Die verbleibenden 20-25% wären nach einem Verteilerschlüssel auf die beteiligten Gemeinden umzulegen. Da der Bau der B 535 aktuell zügig voranschreitet, hielt er es für angezeigt, auch die Planungen zur Realisierung einer Straßenbahnverlängerung fortzuführen und hierdurch die Weichen für die Zukunft zu stellen. Wenn der nördliche Bauabschnitt der B 535 bis zur L 543 (Schwetzingener Straße) fertig gestellt ist, müssten hier konkrete Planungen vorliegen, um ein reibungsloses Ineinandergreifen der Maßnahmen zu ermöglichen.

Bürgermeister Huckele wollte dem nicht beipflichten und verwies auf die aktuelle Beschlusslage im Rat, wonach die Realisierung einer Straßenbahnverlängerung erst dann in Aussicht steht, wenn der (durchgehende) Bau der B 535 abgeschlossen ist. Entsprechend dieses Votums ist nach Auffassung des Bürgermeisters eine Fortführung der Straßenbahnplanungen erst dann ins Auge zu fassen, wenn (auch finanziell) ein durchgehender Weiterbau der B 535 bis zur L 600 gesichert und zeitlich abzuschätzen ist.

Gemeinderat Dr. Adolf Schifferer (CDU) verwies darauf, dass die Machbarkeitsstudie zur Straßenbahnverlängerung die Planungen keinesfalls uneingeschränkt positiv bewertet, sondern durchaus auch Fragen aufwirft. So z.B. die Tragfähigkeit der Carl-Theodor-Brücke. Gerade auch in Anbetracht der aktuellen Finanzlage lehnte er die Einstellung von Planungskosten zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) verwies darauf, dass die Realisierung einer Straßenbahnverlängerung Eppelheim-Plankstadt-Schwetzingen auch aus Sicht der SPD-Fraktion erst nach Fertigstellung der Umgehungsstraßen denkbar ist. Nichtsdestotrotz habe man sich bereits zurückliegend dafür ausgesprochen, mit den diesbezüglichen Planungen frühzeitig in Vorleistung zu treten. Dem Gebot der Weitsicht folgend und unter Berücksichtigung eines Planungszeitraums von 5-6 Jahren sei es angezeigt, jetzt die notwendigen Planungsleistungen zu beauftragen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass aktuell noch 3 Planvarianten zur Diskussion stehen, von denen schlussendlich einer Variante Priorität einzuräumen ist. Für ihre Fraktion beantragte Gemeinderätin Wacker abschließend Einzelabstimmung.

Gemeinderat Franz Streck (PL) hielt es für geboten, die Vorteile gegenüber den Nachteilen abzuwägen. In Anbetracht der aktuellen Haushaltslage konnte er der Einstellung von Planungsmitteln jedoch schlussendlich nicht entsprechen.

Der Haushaltsantrag der GLP wurde im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung bei 4 Ja-Stimmen von Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP), Gemeinderäte Gaby Wacker, Dieter Schneider und Dr.Dr.

Ulrich Mende (SPD), 10 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen (Gemeinderäte Karl Ott und Werner Engelhardt (SPD)) abgelehnt.

TOP Ö 5 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Wirtschaftsplan der Gemeindewasserversorgung 2004

Bürgermeister Huckele verwies eingangs auf die allgemein vorherrschende Finanzmisere, die natürlich auch die Gemeinde Plankstadt trifft. Die rasante Talfahrt der Kommunalfinanzen habe sich in den letzten Jahren ungebremst fortgesetzt, wobei Baden-Württemberg bundesweit noch vergleichsweise gut abschneide. Mit großem Unverständnis reagierte der Bürgermeister auf die Tatsache, dass die Kommunen sowohl vom Bund, als auch Land immer mehr Aufgaben übertragen bekommen, ohne dass hierfür in angemessener Höhe Finanzmittel bereit gestellt werden. Das Verursacher-Kosten-Prinzip (sog. Konnexitätsprinzip) sei insofern schon lange nicht mehr gültig. Dieser Trend setzt sich wohl auch in den nächsten Jahren weiter fort, verwies er beispielhaft auf die aktuelle Entwicklung im Sozialbereich (Grundsicherungsgesetz; Eingliederungshilfe; etc.). Der vorliegende Planentwurf für das Jahr 2004, so Bürgermeister Huckele, sei das Ergebnis einer konstruktiven Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg. Gemeinsam habe man es geschafft, die zunächst im Raum stehende negative Zuführungsrate von nahezu 1,2 Mio Euro auf nunmehr 700.000,-- Euro zu senken. Auf die Zahlen des diesjährigen Haushalts eingehend, nannte der Bürgermeister im Verwaltungshaushalt die erforderliche Anhebung der Realsteuerhebesätze, die sich jedoch auch nach deren Anpassung noch moderat gestalten. Auf die Personalausgaben eingehend, wies das Gemeindeoberhaupt auf die in Ansatz stehenden 2,948 Mio Euro hin, was einem prozentualen Anteil am Verwaltungshaushalt von nur 19,8% entspricht (d.h. weit unterhalb des Landesdurchschnitts) und gegenüber dem Vorjahr lediglich eine Steigerung um 5.000,-- Euro bedeutet. Bei der Kreisumlage war eine Erhöhung von 25,7% auf nunmehr 29,7% zu verschmerzen, wobei eine weitergehende Anhebung in den Folgejahren nicht auszuschließen ist. Im Vermögenshaushalt nannte Bürgermeister Huckele zunächst den aktuellen Schuldenstand der Gemeinde, der sich zum 31.12.2004 auf 5,076 Mio beläuft. Weitere Kreditaufnahmen sind im Finanzplan der kommenden Jahre nicht eingeplant, es sind vielmehr Tilgungen i.H.v. jeweils 145.000,-- Euro jährlich vorgesehen. Die allgemeine Rücklage weist mit 300.000,-- Euro einen Betrag knapp über dem Mindestbestand (287.000,-- Euro) auf. Bzgl. der Gemeindewasserversorgung könne man mit den aktuellen Zahlen zufrieden sein, bat der Bürgermeister abschließend darum, auch dem diesbezüglichen Wirtschaftsplan das Einvernehmen zu erteilen.

Gemeinderat Rudi Lerche (CDU) verwies auf die große Planungsunsicherheit (gerade auch in Bezug auf die Gewerbesteuererinnahmen) und machte deutlich, dass die Gemeinde in erster Linie ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen hat. Es gilt, Daseinsvorsorge zu treffen und Plankstadt als attraktive Wohngemeinde zu erhalten. Dieser Verpflichtung sei man zurückliegend nachgekommen. Er nannte u.a. die Ausweisung von Wohnbauflächen, die Erschließung neuer Gewerbegebiete sowie die Neugestaltung der Ortsmitte mit Gemeindezentrum, Rathaus und Seniorenwohnanlage. Bei all diesen Maßnahmen habe es sich die Gemeinde nie einfach gemacht. Heute nun gelte es, einen genehmigungsfähigen Haushalt für das Jahr 2004 zu beschließen. Wünscht man sich hierbei einen finanziellen Spielraum zur Realisierung anstehender Projekt, ist aktuell genau das Gegenteil der Fall und Sparen das oberste Gebot der Stunde. Im Zuge dieser „Mangelverwaltung“ gilt es für alle, den Gürtel enger zu schnallen und einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Hier hoffte Gemeinderat Lerche auf die Vernunft und Einsicht der Bürgerinnen und Bürger, zumal alle über den aktuellen Stand hinausgehenden Leistungen aus Krediten zu finanzieren wären, d. h., eine Bürde für künftige Generationen bedeuteten. Dem „Sparhaushalt 2004“ konnte Gemeinderat Lerche abschließend zustimmen und sah diesen durchaus als gute Basis für eine weitere Konsolidierung der Gemeindefinanzen.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) machte deutlich, dass sich die allgemein angespannte Wirtschaftslage im vergangenen Jahr fortgesetzt hat. Als negatives Signal wertete er die Tatsache, dass das Land Baden-Württemberg im Bereich des Wirtschaftswachstums erstmals unter dem Bundesdurchschnitt blieb. Natürlich, so Gemeinderat Schneider, wurde auch die Gemeinde Plankstadt vom allgemeinen Abwärtstrend erfasst. Als bedenklich stufte er ein, dass schlussendlich selbst die vorsichtig geschätzten Planansätze nicht erreicht werden konnten. Für die Zukunft gelte daher mehr denn je ein rigider Sparkurs, mahnte er in den Folgejahren zu einer konsequenten Haushaltskonsolidierung. Dabei gelte es, die Ausgaben auf das unbedingt Notwendige zu beschränken und jegliche Begehrlichkeit kritisch zu hinterfragen. Dies um so mehr, als im Zuge der Verwaltungsreform wohl auch bei der Kreisumlage eine nochmalige Steigerung zu erwarten ist. Für die kommenden Jahre prognostiziere der vorliegende Planentwurf einen gebremsten Optimismus, was jedoch nicht von der Erforderlichkeit eines strikten Diktats der Sparsamkeit ablenken dürfe. Zumal sich bereits mehrfach gezeigt hat, dass die Gemeinde auf die Unwegbarkeiten evtl. Einnahmeausfälle keinen Einfluss hat, bleibe lediglich, sich auf einen sparsamen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu beschränken. Diese Forderung gelte es, sozialverträglich umzusetzen. Die Frage von Gemeinderat Schneider nach den eingeplanten Mitteln für den Bau der Westumgehung Grenzhof und den diesbezüglichen Sachstand, beantwortete Bürgermeister Huckele dahingehend, dass die von der Stadt Heidelberg beantragten Landesmittel für die Maßnahme zwischenzeitlich genehmigt wurden. Zudem sind entsprechende weitere Mittel im Haushalt der Stadt Heidelberg eingestellt. Aktuell sei man noch im Grunderwerb begriffen, hoffe jedoch auf einen zügigen Baubeginn. Auf die Gemeindewasserversorgung eingehend, machte Gemeinderat Schneider deutlich, dass die SPD der geplanten Neuorganisation in Anlehnung an eine GmbH durchaus aufgeschlossen gegenüber steht.

Gemeinderat Franz Streck (PL) verwies zunächst auf die im Vergleich zum Vorjahr nochmals verschlechterte Haushaltslage, die kaum Spielräume eröffnet. Die Ansätze des vorliegenden Zahlenwerks bezeichnete er der Situation entsprechend als angemessen. Im Ergebnis könne man schon zufrieden sein, so Gemeinderat Streck, wenn keine größeren Einnahmeausfälle zu beklagen sind. Mit dem diesjährigen Haushalt hoffte er die finanzielle Talsohle durchschritten zu haben, zumal die Prognosen für die Folgejahre einen Silberstreif am Horizont erkennen lassen. Auf die allgemein schlechte Wirtschaftslage eingehend, hielt Gemeinderat Streck einen möglichen Aufschwung in Anbetracht des überall vorherrschenden Diktats der leeren Kassen für fraglich. Im Ergebnis sei man jedoch vorliegend gezwungen, dem Planentwurf für das Jahr 2004 zu entsprechen.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) verwies auf seine bereits zurückliegend geäußerte Forderung nach einer grundlegenden Finanzreform, die den Bedürfnissen insbesondere der Kommunen Rechnung trägt. Die aktuellen Maßnahmen bezeichnete er lediglich als Tropfen auf den heißen Stein. Für sinnvoll hielt er in diesem Zusammenhang die Beibehaltung der Gewerbesteuer und deren Weiterentwicklung als Gemeindefinanzsteuer. Mit der aktuellen Finanzreform, so Gemeinderat Hohl, wollen sich Bund, Land, wie auch der Kreis auf Kosten der Gemeinden entlasten, nannte er beispielhaft die Neufassung des Kindergartengesetzes mit den daraus erwachsenden Mehrbelastungen für die Kommunen. Auch Gemeinderat Hohl warnte in diesem Zusammenhang vor einer nochmaligen Erhöhung der Kreisumlage. Auf das vorliegende Zahlenwerk eingehend, stellte er fest, dass man den Haushalt in den zurückliegenden Jahren nur mit den erzielten Grundstückserlösen ausgleichen konnte. Dies ist auch beim Haushalt 2004 der Fall. Die gedämpft positive Prognose der Verwaltung für die kommenden Jahre bewertete Gemeinderat Hohl als fraglich. Fakt sei, dass man in den folgenden Jahren nicht mehr auf evtl. Grundstückserlöse zurückgreifen kann. Auf den Haushaltsansatz für die Seniorenwohnanlage Luisenstraße eingehend, hinterfragte er die, trotz der Beauftragung eines Projektsteuerers in Ansatz gebrachten Nachträge. Bürgermeister Huckele stellte fest, dass man mit der Leistung des Projektsteuerers, der Firma FWD, zufrieden

sein kann, zumal die ursprünglichen Baukosten (incl. Einrechnen evtl. Nachträge) in Summe erheblich unterschritten werden konnten. Über die Nachträge selbst sicherte der Bürgermeister zu, eine detaillierte Aufstellung nachzureichen. In Bezug auf die Gemeindewasserversorgung konnte sich auch Gemeinderat Hohl mit der geplanten Neuorganisation in Anlehnung an eine GmbH einverstanden erklären, wenngleich hiermit eine Erhöhung des Wasserpreises verbunden sein wird. Die künftige Gewinnerzielungsabsicht der Gemeinde im Bereich der Wasserversorgung hielt er für einen triftigen Anlass, eine künftige Eigenförderung ins Auge zu fassen. Abschließend monierte Gemeinderat Hohl, dass man im Rahmen der Planaufstellung 2004 auch mit geringen Mitteln Weichen für die Zukunft hätte stellen können (vgl. hierzu u.a. den entsprechenden Haushaltsantrag der GLP) und enthielt sich daher im Namen seiner Gruppe der Stimme.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung wurde dem Wirtschaftsplan der Gemeindewasserversorgung mit einstimmigem Votum entsprochen. Die Haushalts-satzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2004 wurde bei 1 Enthaltung der GLP verabschiedet.

TOP Ö 6 Bebauungsplan „Eehalt-, Mozart- und Schubertstraße“, 3. Änderung im vereinfachten Verfahren, Satzungsbeschluss

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 15.12.2003 beschlossen, den Bebauungsplan „Eehalt-, Mozart- und Schubertstraße“ dahingehend zu ändern, dass im zeichnerischen Teil bezüglich des Grundstücks Flst.Nr. 3243/1, Eehaltstr. 27 A und 29 A die Grundflächenzahl (GRZ) von 0,3 auf 0,4 und die Geschossflächenzahl (GFZ) von 0,6 auf 0,8 angepasst, das Baufenster geteilt und als Bauweise jeweils ein Einzelhaus zugelassen wird. In Ziffer 1.7 der schriftlichen Bebauungsplanfestsetzungen wurde die Mindestbreite der Baugrundstücke für Doppelhäuser (Doppelhaushälften) mit 8 m festgesetzt.

Der entsprechende Änderungsentwurf mit Begründung wurde in der Zeit vom 29.12.2003 bis 30.01.2004 öffentlich ausgelegt. Während der Offenlage sind keine Anregungen eingegangen, so dass in der vergangenen Ratssitzung der Satzungsbeschluss gefasst werden konnte. Diesem entsprach das Gremium mit einstimmigem Votum.

TOP Ö 7 Örtliche Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Keesgrieb“, 1. Änderung im vereinfachten Verfahren, Satzungsbeschluss

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 17.11.2003 dahingehend eine Änderung der örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Keesgrieb“ beschlossen, als bei Garagen, Carports und Nebenanlagen, die nicht unter das Dach des Hauptgebäudes integriert werden, Satteldächer mit jeweils mittiger Firstlage und beidseitig gleicher Dachneigung von 20 ° bis 30 ° oder aber begrünte Flachdächer zulässig sind.

Der Änderungsentwurf wurde in der Zeit vom 15.12.2003 bis 15.01.2004 öffentlich ausgelegt. Während der Offenlage sind keine Anregungen eingegangen, so dass in der vergangenen Ratssitzung der Satzungsbeschluss gefasst werden konnte. Diesem entsprach das Gremium bei 1 Enthaltung der GLP. Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) begründete sein Votum mit der bereits zurückliegend geäußerten Haltung zu den Planungen im Gebiet „Keesgrieb“.

TOP Ö 8-13 Bauvoranfrage, Bauanträge

Abschließend entsprach das Ratsgremium mit einstimmigem Beschluss:

- der Bauvoranfrage zum Neubau eines Einfamilienwohnhauses und eines Carports auf dem Grundstück Flst.Nr. 498/3, Hasenpfad 1/1,
- dem Bauantrag zum Abbruch des Gebäudebestandes und Neubau eines Einfamilien-wohnhauses mit Nebengebäude auf dem Grundstück Flst.Nr. 113, Schwetzinger Str. 56,
- dem Bauantrag zum Dachgeschossausbau mit Gauben- und Balkonerrichtung auf dem Grundstück Flst.Nr. 1864/1, Luisenstr. 39,
- dem Bauantrag zum Neubau eines Dreifamilienwohnhauses auf dem Grundstück Flst.Nr. 1853/36, Goethestr. 2/1 sowie
- dem Bauantrag zum Dachgeschossausbau mit Gaubenerriechung auf dem Grundstück Flst.Nr. 3342, Schillerstr. 25.

Dem Bauantrag zum Abbruch von Nebengebäuden und Wohnhausanbau auf dem Grundstück Flst.Nr. 1318/9, Waldpfad 30 wurde bei 1 Gegenstimme von Gemeinderat Franz Streck (PL) sowie 2 Enthaltungen der Gemeinderäte Matthias Busse (CDU) und Ulf-Udo Hohl (GLP) entsprochen.

TOP Ö 14 Bekanntgaben, Anfragen

1. Neustrukturierung der Polizei/Geplante Schließung des Polizeipostens Plankstadt

Bürgermeister Huckele verwies auf die aktuelle Neustrukturierung der Polizei und die in diesem Zusammenhang geplante Schließung des Polizeipostens Plankstadt. Wie er informierte, fand in dieser Angelegenheit zwischenzeitlich ein Gespräch zwischen den Bürgermeistern der betroffenen Kommunen und der Polizeidirektion (PD) Heidelberg statt, in dessen Rahmen die Gemeinden von den Planungen der PD informiert wurden. Wie Bürgermeister Huckele befand, finden in den Überlegungen der Verantwortlichen Werte wie Bürgernähe, oder aber das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger nur wenig Berücksichtigung. Vielmehr soll durch exakte Zielvorgaben die geplante Neustrukturierung vorangetrieben werden. Eine, von der Gemeinde Plankstadt angebotene finanzielle Beteiligung am Erhalt des örtlichen Polizeipostens (z.B. Mieterlass für die kommunalen Räumlichkeiten) wurde vom Leiter der PD rundweg abgelehnt. Er verwies auf die Tatsache, dass bei der angedachten Neustrukturierung nicht etwa finanzielle Aspekte im Vordergrund stehen, sondern hierdurch primär eine effizientere Polizeiarbeit angestrebt wird. Wie Bürgermeister Huckele feststellte, wurde in der Gemeinde Oftersheim bereits eine Unterschriftenaktion zu dem Thema initiiert. Auch die Gemeinde Plankstadt sollte sich hier mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Schließung des örtlichen Polizeipostens zur Wehr setzen. Er schlug eine Resolution an die maßgeblichen Polizei- und Verwaltungsbehörden sowie die Landtagsabgeordneten vor.

Gemeinderat Günter Kolb (CDU) pflichtete dem Bürgermeister bei und sah bei vorliegendem Thema gleichfalls das Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund. Er hielt es für angezeigt, sich zum heutigen Zeitpunkt nicht bereits über evtl. Planungen nach Schließung des örtlichen Postens zu unterhalten, sondern vielmehr mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Verbleib der Einrichtung am Ort zu engagieren. Nur so könne der Bevölkerung auch für die Zukunft das nötige Sicherheitsgefühl vermittelt werden, was bei den derzeitigen Überlegungen zur Neustrukturierung wohl außer acht blieb. Im Ergebnis hielt auch Gemeinderat Kolb eine

Resolution für angezeigt und bat die Verwaltung, sich im Namen der Gemeinde Plankstadt diesbezüglich an die verantwortlichen Stellen zu wenden.

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) bezeichnete die geplante Zentralisierung als wenig effizient, zumal hierdurch die wichtige Präsenz vor Ort komplett entfallen würde. Als nicht nachvollziehbar erschien ihr die Tatsache, dass man eine Verlegung des Plankstadter Postens nach Schwetzingen plane, obgleich dort gar keine Räumlichkeiten für eine Eingliederung vakant sind, sondern hierfür neue Kapazitäten angemietet werden müssten. Dass bei der geplanten Reorganisation der Polizei durchaus auch finanzielle Gründe eine gewichtige Rolle spielen belegte sie an der Tatsache, dass der Landesrechnungshof bereits im Jahr 2001 die Forderung nach Einsparungen in diesem Bereich erhob. Insofern hielt sie auch die, von Bürgermeister Huckele in Überlegung gestellte Kostenbeteiligung (Miete) für ein schlagkräftiges Argument. Wie Gemeinderätin Wacker abschließend feststellte, wird die SPD-Fraktion sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt des örtlichen Polizeipostens einsetzen.

Gemeinderat Franz Streck (PL) befürchtete, dass die Entscheidung zur Aufgabe des örtlichen Polizeipostens intern bereits gefallen ist. Insofern sah er hier wenig Aussicht auf Erfolg. Langfristig sei dann wohl auch im Polizeirevier Schwetzingen mit personellen Einsparungen bzw. Mittelkürzungen zu rechnen, prognostizierte er weitere negative Synergieeffekte der geplanten Zentralisierung.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) hielt in vorliegender Frage den finanziellen Aspekt für durchaus gewichtig. Das Argument der Effizienz bezeichnete er als sekundär. Auch Gemeinderat Hohl stellte die Frage nach den räumlichen Kapazitäten im Polizeirevier Schwetzingen und hielt das Angebot eines finanziellen Engagements der Gemeinde Plankstadt zur Erhaltung des örtlichen Polizeipostens für einen taktisch guten Schachzug, den die GLP unterstützt. Schon vor dem Hintergrund des subjektiven Sicherheitsbedürfnisses der Plankstadter Bürgerinnen Bürger gelte es, sich für den Verbleib des Polizeipostens am Ort zu engagieren.

Bürgermeister Huckele resümierte die Wortmeldungen dahingehend, dass die Verwaltung eine Resolution entwirft, die dann (nach Rücksprache mit den Fraktionen) den politisch Verantwortlichen zugeleitet wird.

2. Schöffenwahl 2004

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) erkundigte sich nach der, in diesem Jahr anstehenden Schöffenwahl. HAL Knörzer informierte, dass der Gemeinde die diesbezüglichen Unterlagen zwischenzeitlich zugehen und das Vorschlagsverfahren zeitnah eingeleitet wird.

3. Straßenbenennung

Gemeinderat Matthias Busse (CDU) schlug vor, bei künftig anstehenden Straßenbenennungen auch die kürzlich verstorbene Plankstadter Ärztin Frau Dr. Helene Klehr zu berücksichtigen, die sich in überaus engagierter Weise für die Gemeinde und deren Bürger Verdienste erwarb.